



Sitzungsvorlage

510/051/2014

Amt/Abteilung: Jugendamt Datum: 13.02.2014	Aktenzeichen: 510		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	24.02.2014	Vorberatung	
Jugendhilfe- und Sozialausschuss	06.03.2014	Vorberatung	
Hauptausschuss	18.03.2014	Vorberatung	
Stadtrat	01.04.2014	Entscheidung	

Betreff:

Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikates "Familiengerechte Kommune"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der beiliegenden Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikates „Familiengerechte Kommune“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Bearbeitung.

Begründung:

Die Stadt Landau versteht sich als familien- und bildungsfreundliche Kommune sowie als Stadt für alle Generationen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem zunehmenden Standortwettbewerb um Unternehmen und Familien gewinnt die Gestaltung familiengerechter Lebensbedingungen besondere Bedeutung. Mit dem prosperierenden Wirtschaftsstandort Landau muss einhergehen, dass hier die Menschen neben beruflichen Perspektiven auch ein dauerhaft lebenswertes Umfeld finden. Um dies zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Familienpolitik und die familienrelevanten Angebote regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Die Unterstützung aller Familien in ihren sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen hat einen hohen Stellenwert in der Stadt Landau; hier sollen sich Menschen aller Altersgruppen wohl fühlen.

Um die Bedarfe und Interessen von jungen und älteren Menschen zu berücksichtigen wird in Landau die soziale Infrastruktur für Familien stetig weiter entwickelt. Dabei wurden bereits notwendige Maßnahmenpakete im Dialog mit den lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Interessenvertretern, gesellschaftlichen Gruppen und Vertretern der Bürgerschaft entwickelt und umgesetzt. Auf einem guten Weg zu sein, bedeutet jedoch noch nicht, am Ziel zu sein. Das Audit „Familiengerechte Kommune“ soll der Stadt Landau dabei helfen,

- die Landauer Familienpolitik zu systematisieren und strategisch weiterzuentwickeln
- die Zielorientierung in der Landauer Stadtentwicklung zu schärfen
- bestehende Aktivitäten unterschiedlicher Akteure besser zu vernetzen
- Familien und Bürgerschaft in einen solchen Prozess als aktive Partner zu gewinnen und damit
- Familienpolitik der Stadt insgesamt noch wirkungsvoller und effizienter zu gestalten.

Dabei wurden in Landau insbesondere folgende spezielle Aspekte beleuchtet:

Standortpolitik

Familiengerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Pflege sowie Beruf, gut organisierte Übergänge innerhalb der Bildungskette und zwischen Schule und Beruf sowie die Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen stellen wichtige Faktoren der Standortqualität für Landauer Unternehmen dar. Stichwort: Bekämpfung des zu erwartenden Fachkräftemangels.

Lebensqualität

Familiengerechtigkeit in Wohnumfeld, Freizeitgestaltung und städtischer Kultur ist ein zunehmend wichtiges Argument bei der Abwägung, wo mobile, leistungsfähige Familien ihren Wohnort wählen. Daher kann eine Auditierung auch die Attraktivität Landaus für Familien steigern.

Soziale Stabilität und Zusammenhalt der Stadtgesellschaft

Familiengerechtigkeit bedeutet auch Gerechtigkeit. Frühe Förderung und Bildung, Prävention, Gesundheitsschutz, Vermeidung von Familien- und Kinderarmut sind Aufgaben der Kommune, die sowohl gesellschaftlich immer drängender werden als auch wirtschaftlich für eine Kommune immer höhere Bedeutung erlangen, Stichwort: hohe Sozialkosten.

Kinderschutz

Die Stabilität von Familien und Lebensgemeinschaften wird durch bedarfsgerechte Angebote für Familien sowie Kinder und Jugendliche gefördert. Damit wird der Kinderschutz unterstützt und das Wohl der Kinder und Jugendlichen in Landau gefördert.

Integrationspolitik

Menschen mit Migrationshintergrund brauchen teilweise besondere Hilfestellungen, vereinigen andererseits aber auch vielfältige Potenziale, die es entsprechend zu nutzen gilt. Darauf will das jüngst verabschiedete Integrationskonzept mit seinen Handlungsfeldern Arbeit, Atmosphäre, Bildung, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Sprache hinwirken.

Demografische Entwicklung

Immer weniger Menschen werden künftig Lohn und Gehalt beziehen, immer größer wird der Anteil an Transferleistungsbeziehern; umso wichtiger ist es, soziale Aufgaben bedarfsoptimiert auszurichten und Menschen in der sogenannten „Sandwich-Generation“ zu helfen, Familie und Pflege sowie Beruf zu vereinen.

Menschen mit Behinderungen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen genießt einen hohen Stellenwert. Gemeinsam mit den Leistungserbringern versuchen die Stadt Landau und die benachbarten Landkreise in der Region Südpfalz einer gelingenden Inklusion Rechnung zu tragen. Dazu gehören insbesondere die zeitgemäße Steuerung der Angebote und eine weiter zu entwickelnde Barrierefreiheit.

Interkommunaler Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen

Das Audit kann auch dazu genutzt werden, um Landau im interkommunalen Standortwettbewerb zu positionieren. Dafür soll der Image-Gewinn, der durch das Zertifikat entsteht, aktiv für das Standortmarketing verwendet werden. Stichwort u. a.: Vermarktung Wohnareal „Am Ebenberg“.

Zusammenfassend: Das Audit „Familiengerechte Kommune“ zielt darauf ab, die Potenziale der wechselseitigen Beziehung von Lebensqualität für Familien und Standortpolitik für die Unternehmen in Form einer strategisch angelegten Win-win-Situation für die gesamte Kommune auszuschöpfen.

Entwicklung und Träger des Auditierungsverfahrens

Das Auditierungsverfahren wurde im Jahr 2008 von der Bertelsmann Stiftung, der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt und modellhaft in NRW und Baden-Württemberg umgesetzt. Acht nordrhein-westfälische Pilotkommunen haben sich dem Prozess erfolgreich gestellt und im Juli 2010 das Zertifikat „Familiengerechte Kommune“ verliehen bekommen: Aachen, Altena, Düsseldorf, Emsdetten, Gladbeck, Kreuztal, Lippstadt und Rödinghausen, vier baden-württembergische Kommunen wurden anschließend im Rahmen einer gemeinsamen Pilotphase mit dem baden-württembergischen Sozialministerium auditiert.

Auch das Land Rheinland-Pfalz sieht das Audit „Familiengerechte Kommune“ positiv, neben Landau planen auch andere Kommunen die Teilnahme an diesem strategischen Steuerungsprozess.

Im Jahr 2011 haben Vertreter der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit Experten in kommunaler Familienpolitik aus der Ruhr-Universität Bochum den gemeinnützigen Verein „Familiengerechte Kommune e.V.“ gegründet. Die Geschäftsstelle des Vereins hat ihren Sitz in Bochum. Erster Vorsitzender des Vereins ist Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie/Stadt und Region, Familie, zweite Vorsitzende ist Dr. Kirsten Witte (früher Deutscher Städtetag), Leiterin des Programms „LebensWerte Kommune“ in der Bertelsmann Stiftung.

Die Verfahrenskosten in Höhe von rund 21.000 Euro werden im Wesentlichen durch zweckgebundene Spenden der Fix-Stiftung Landau gedeckt.

Gegenstand des Auditierungsverfahrens

Im Audit wurden folgende sechs Handlungsfelder untersucht:

1. Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit
2. Familie und Arbeitswelt, Betreuung
3. Bildung und Erziehung
4. Beratung und Unterstützung
5. Lebensqualität und Wohnumfeld
6. Senioren und Generationen.

Prozessbeteiligung im Auditierungsverfahren

Der Träger „Familiengerechte Kommune e.V.“ begleitet den Zertifizierungsprozess mit lizenzierten Auditorinnen und Auditoren. In der Umsetzungsphase ist der Verein „Familiengerechte Kommune e. V.“ u. a. für die Pflege des Netzwerkes der Audit-Kommunen verantwortlich. Er übernimmt die

Moderation und die fachliche Leitung gemeinsamer Treffen für den Austausch ebenso wie die Fortbildung der Akteure.

Ablauf des Auditierungsverfahrens

Das Verfahren zur Auditierung setzt sich aus mehreren Phasen zusammen. In dem Prozess werden familienpolitische Strategien entwickelt, mit hoher Verbindlichkeit beschlossen und z. T. bereits umgesetzt.

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 28. August 2012 wurde der Vertrag zur Auditierung am 24.09.2012 abgeschlossen.

Analyse

Familienpolitische Strategien orientieren sich an der konkreten Ausgangslage, daher stand am Anfang eine ausführliche Bestandsaufnahme und Analyse der Landauer Rahmenbedingungen.

Das Auditierungsverfahren startete in unserer Stadt im Januar 2013 mit einer umfassenden Analyse. Dabei wurde ein umfangreicher Auditfragebogen als Handreichung zur Selbsteinschätzung der örtlichen Familienpolitik als auch als Informationsgrundlage für die Akteure des Audits erarbeitet. Auf fast 100 Seiten wurden sowohl sozio-kulturelle Belastungsfaktoren als auch das breit gefächerte Beratungs- und Betreuungsangebot in den 6 verschiedenen Handlungsfeldern erhoben und analysiert.

Strategieworkshop

Im Rahmen eines anschließenden Strategiewshops wurden wesentliche Ziele und Schwerpunkte des weiteren Verfahrens unter Beteiligung des vom AKJF gebildeten Unterausschusses „Familiengerechte Kommune“ erarbeitet.

In einem weiteren Strategieworkshop wurden die Bestandserhebung verschiedenster Akteure aus Politik, Wirtschaft, Institutionen und Verwaltung am 21. Juni 2013 vorgestellt und die Ziele des Auditierungsprozesses erläutert. Dabei wurde sich auch auf einen breit auszulegenden Familienbegriff geeinigt, der neben den klassischen Bereichen wie z. B. Kinder, Jugend, Erziehung, Betreuung, auch die Themenbereiche Integration, Inklusion, demographischer Wandel, Senioren, Berufstätigkeit, Pflege u. a. mit berücksichtigen soll. Dieser weite Blickwinkel wurde dann auch im gesamten weiteren Auditierungsverlauf zu Grunde gelegt.

Die Beschäftigung mit der umfassenden Bestandserhebung ergab, dass Landau in der Pfalz in Bezug auf vorhandene Beratungs- und Betreuungsangebote recht gut aufgestellt ist. In den anschließenden Kleingruppen und Diskussionen wurde dabei schnell deutlich, dass es deshalb nicht um den weiteren zusätzlichen Ausbau sozialer Infrastruktur geht, sondern vielmehr eine umfassende und übersichtliche Informationsplattform, sowie die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote im Vordergrund stehen muss.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde in Kleingruppen zu den einzelnen Handlungsfeldern Bedarf benannt und erste Ziele formuliert.

Beteiligungsworkshop

Der Prozess wird in die Landauer Öffentlichkeit getragen, um auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt zu werden. Verbände, Experten, Interessenvertreter, Unternehmen und vor allem Bürgerinnen und Bürger werden motiviert, sich in themenbezogenen Workshops mit ihrer Expertise und guten Ideen einzubringen.

Der Beteiligungsworkshop, zu dem nicht nur Experten, sondern auch die Bürger und zahlreiche Multiplikatoren geladen waren, fand am 14. November 2013 unter Moderation des Institutes für sozialpädagogische Forschung in Mainz statt.

Im Vorfeld hatten sich aus jedem Handlungsfeld zwei „Kümmerer“ bereit erklärt, den Bestand und die Ziele der einzelnen Handlungsfelder darzustellen und zu erläutern. Diese „Kümmerer“ waren dankenswerterweise auch bereit in den anschließenden Workshops die Ziele mit den Beteiligten zu konkretisieren und gezielte Maßnahmen zur Umsetzung zu erarbeiten. Die erarbeiteten Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend im Plenum nochmals zusammengefasst und diskutiert, so dass eine umfassende Beteiligung am Zielfindungsprozess ermöglicht wurde.

Zielvereinbarungsworkshop

Hier wurden die bisherigen Ergebnisse zusammengetragen, um daraus konkrete Ziele und Maßnahmen abzuleiten. Diese sind Hauptgegenstand der abschließenden Begutachtung und Zertifizierung.

In weiteren Sitzungen mit den „Kümmerer“ und den Akteuren aus dem Strategieworkshop erfolgte unter der Leitung von Bürgermeister Thomas Hirsch eine Ziel- und Maßnahmendefinition. Diese Hauptziele und die Ziele der einzelnen Handlungsfelder, sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden im vorliegenden Konzept zusammengestellt und in einem Zielvereinbarungsworkshop am 16. Januar 2014 vorgestellt und erläutert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Zielvereinbarungsworkshop stimmten der Vorlage mit Ergänzungen zu. Nach Einarbeitung der Ergänzungen wird dieses Zielvereinbarungskonzept entsprechend der Auditierungsverfahren nun dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das Audit will ein hohes Maß an Verbindlichkeit erreichen. Erst ein weiterer Ratsbeschluss macht die im Zielvereinbarungsworkshop getroffenen Absprachen verbindlich.

Die Bestätigung der Zielvereinbarung durch Ratsbeschluss ist auch Voraussetzung für eine Zertifizierung als familiengerechte Kommune. Die Umsetzung der konkreten Maßnahmen soll in den nächsten 3 Jahren erfolgen.

Zertifizierung

Über die Vergabe des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“ entscheidet eine unabhängige Jury anhand öffentlich zugänglicher Kriterien. Basis der abschließenden Beurteilung sind die vom Rat beschlossenen Ziele und Maßnahmen.

Auswirkung:

Zahlreiche Maßnahmen und Ziele können durch die Nutzung bestehender Strukturen und vorhandener Ressourcen ohne zusätzliche Finanzmittel umgesetzt werden. Durch die geplante intensive Zusammenarbeit von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften werden Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt.

Zur wirksamen Umsetzung des Projektes ist eine zentrale Steuerung durch eine entsprechende Koordinierungsstelle unerlässlich. Damit kann sichergestellt werden, dass die Zielsetzungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern kontinuierlich weiterverfolgt und nachhaltig zu einem Gesamtprojekt „Familiengerechte Kommune“ werden.

Das jetzige Konzept weist aktuell Kosten von rund 70.000,00 Euro aus. Es wird die Aufgabe der Zukunft sein, im Rahmen des kommenden Prozesses durch die Anbindung an vorhandene Ressourcen, durch das Ausschöpfen von Synergien, durch Kompensations- und Deckungsvorschläge, durch

organisatorische Veränderungen sowie ggfls. die Entscheidung, zusätzliche Mittel bereit zu stellen, die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu ermöglichen.

Fazit: Der bereits aufgestellte Prozess zur Erstellung der vorliegenden Zielvereinbarung hat Impulse und Initiativen zum Ergebnis, die die „Familienorientierung“ des städtischen Handelns nachhaltig verankern kann. Die dafür zunächst anzusetzenden Kosten sind angesichts der Entlastungswirkung bei „sozialen Folgekosten“ auch im Hinblick auf den Kommunalen Entschuldungsfonds zu vertreten.

Anlagen:

Zielvereinbarung

Beteiligtes Amt/Ämter:

BGM

Sozialamt

Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung

Schlusszeichnung:

--